

# **Selbstverständlich säkular: Die säkularen Wurzeln der SPD**

**Johannes Schwill 2020**

Vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch vielen jüngeren SPD-Mitgliedern ist wenig bewusst, dass die alte Tante SPD dezidiert säkulare Wurzeln hat, auf die sie stolz sein kann! Denn es waren die Sozialdemokraten, die 1918/19 zusammen mit den Linksliberalen die Beendigung des Bündnisses von Thron und Altar und die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche erkämpft haben, und es war die SPD, die 1948 gegen die Union für den säkularen Charakter unseres Grundgesetzes gesorgt hat, der besten Verfassung, die wir je hatten.

Wenn wir es heute einfach wagen würden, Buchstaben und Geist des Grundgesetzes endlich in allen Punkten umzusetzen und die Reformwege zu beschreiten, die das GG anbietet, wären wir einen großen Schritt weiter!

Ein kleiner Überblick über meinen Vortrag:

Los geht es im 19. Jahrhundert, auch wenn das für viele graue Vorzeit ist. Aber wer heute Entwicklungen verstehen will und morgen Zukunft gestalten will, sollte sich seiner Wurzeln vergewissern!

Als zweite Station werde ich die Rolle der SPD bei der Entstehung der Weimarer Reichsverfassung beleuchten, die zusammen mit der parlamentarischen Demokratie auch die Trennung von Kirche und Staat bringt, auch wenn diese Trennung nicht vollständig ist und „hinkt“, wie die Staatsrechtler sagen. Eine besondere Freude wird mir sein, an die weltlichen Schulen zu erinnern, die es in der Weimarer Zeit gab, diesem turbulenten Laboratorium der Moderne, die die Nazis dann kaputtgetrampelt haben und die es heute nur noch als Platzhalter in den Verfassungen von Bund und Ländern gibt.

Die nächsten Stationen werden die Beratungen zum Grundgesetz 1948 sowie das Godesberger Programm von 1959 sein. Die SPD wollte – nach dem Vorbild der Union - Volkspartei werden; deshalb verabschiedet sie sich von ihrem sozialistischen Wirtschaftsprogramm und legt in puncto Religionspolitik eine Wende um 180 Grad hin – so der Religionswissenschaftler Horst Junginger. Klar, dass diese Häutung bis heute kontrovers diskutiert wird. Aber sie ist erfolgreich: 1969 wird Willy Brandt Bundeskanzler, und viele gesellschaftliche Reformprojekte werden realisiert.

In der Folge rückt die SPD immer näher an die großen Kirchen heran, übernimmt teilweise deren Perspektive und lässt die säkulare Traditionslinie eintrocknen. Auch hierfür werde ich einige Wegmarken benennen.

Meine Kronzeugen sind übrigens der Religionswissenschaftler Horst Junginger, der Kulturwissenschaftler Horst Groschopp sowie die samt und sonders durchaus kirchen-freundlichen Historiker Thomas Nipperdey, Christian Hörnlein, Klaus Tenfelde, Hans-Ulrich Wehler, Gerhard Besier, Rainer Hering und Paul Nolte.

## **Die junge SPD im Kaiserreich**

Die junge, 1875 aus zwei Strängen in Gotha vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands reihte sich von Anfang an in die Reihen der radikal-demokratischen Kritiker von Religion und Kirchen ein. Im Kaiserreich verfestigte sich ihr Ruf einer entschieden atheistischen, kirchenkritischen Partei. Hierfür gab es mehrere Gründe:

1. Die Initiatoren kommen aus der radikaldemokratischen Tradition, für die die Trennung von Staat und Kirche schon lange auf dem Programm stand. Die Protagonisten sind säkulare Protestanten wie Bebel und einzelne säkulare Juden wie Lasalle und Marx. Viele stehen den freireligiösen Gemeinden nahe. Die Trennung von Kirche und Staat war ja nach dem Vorbild der französischen Revolution eine Kernforderung der Liberalen und Demokraten. Der erste Schritt, die Entfeudalisierung der Kirchen, war in der Säkularisierung gemacht worden. Die nächsten Schritte waren die - leider nicht realisierte - Verfassung von 1849, die allerdings religionspolitisch auf die preußische Verfassung von 1850 ausstrahlte, sowie die Begrenzung des Einflusses der wiedererstarkten katholischen Kirche im Kulturkampf. Übrigens wollten auch die Kirchen eine Lösung von der Staatsaufsicht, insbesondere vom evangelischen Kirchenregiment der Fürsten.

2. Religionskritik ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Theorieangebote. Gewiss gab es in der Arbeiterbewegung seit dem Frühsozialismus auch bedeutende christlich-religiöse Akteure und Strömungen; zu nennen sind etwa in Frankreich die Saint-Simonisten, die Bewegung um den katholischen Priester Lammenais, in Deutschland dann Weitlings Bund der Gerechten oder Moses Hess. Die religionskritischen Ideen sind jedoch plausibler und attraktiver. Intellektuelle Taktgeber waren die französische Aufklärung, die Philosophie der Junghegelianer, die Religionskritik von Feuerbach und Marx und später dann die Erkenntnisse der aufblühenden Naturwissenschaften, allen voran die Evolutionstheorie von Darwin. Häufig wurden diese Theorien jedoch von der Arbeiterbewegung lediglich in vereinfachter Form rezipiert.

3. Zu stabil war ist reaktionäre, anti-emanzipatorische Bündnis von Thron, Altar und etabliertem Bürgertum, vor allem in Preußen: Beide Kirchen stehen nach allgemeiner Wahrnehmung fest auf der Seite der Mächtigen. Diese bedanken sich durch Förderung und auch symbolische Unterstützung, z.B. beim Kölner Domvollendungsprojekt. In der Revolution 1848/49 scheitern nicht nur die politischen, sondern auch die religiösen Reformbewegungen: die deutschkatholisch / freireligiöse Bewegung des Vormärz um den Kaplan Johannes Ronge und den Revolutionär Robert Blum, entstanden aus Protest gegen den wiederbelebten katholischen Reliquienkult, die immerhin etwa 50.000 Mitglieder hatte, wird zerschlagen und kann sich erst 1859 wieder sammeln.

4. Die traditionelle kirchliche Armenhilfe ist den Problemen des Pauperismus in der Industrialisierung nicht gewachsen. Gewiss gibt es einzelne Initiativen; zu nennen sind auf protestantischer Seite z.B. das Rauhe Haus in Hamburg oder auf katholischer Seite die Gesellenvereine von Adolf Kolping und die sozialen Mahnrufe des Mainzer Bischofs Kettler. Ein umfassendes sozialpolitisches Konzept legt die katholische Kirche jedoch erst 1891 als Reaktion auf SPD und Sozialistenfurcht vor; die evangelische Kirche bleibt es schuldig.

5. Die SPD wird von vornherein in eine Pariarolle gedrängt. Kein Zufall ist es, dass Reichskanzler Bismarck den Kulturkampf mit der katholischen Kirche beendet, als sich 1875 die SPD zusammenschließt: Er braucht Energie für seinen nächsten Reichsfeind. Im Kulturkampf waren die Fronten anders gewesen: der monarchische protestantische Staat im Bündnis mit dem liberalen Bürgertum gegen den kulturellen, aber vor allem auch politischen Einfluss der auf Rom fokussierten katholischen Kirche. Der Kulturkampf endet mit einem Unentschieden; jetzt also alle gegen die Sozialdemokraten! Die SPD wird durch das Sozialistengesetz kriminalisiert und verfolgt; ihre religions- und kirchenkritische Haltung verstärkt sich dadurch. Wie seinerzeit die Christen werde die SPD verfolgt, so wettet Bebel.

Neben dem katholischen und dem sozialdemokratischen Lager verfestigen sich dann auch die anderen Milieus: Die Konservativen, die Nationalliberalen und die stetig schrumpfenden Linksliberalen. Die SPD wird wie die anderen Parteien, insbesondere das katholische Zentrum, Weltanschauungspartei. Begünstigt wird diese Versäulung der Gesellschaft durch die Verfassung: die Parteien werden nicht an der Regierungsbildung beteiligt und können deshalb ihre Feindschaften „pflegen“.

## Welches sind nun die Konkreten religionspolitischen Programmpunkte der SPD im Kaiserreich?

Im Eisenacher Programm der SPD werden die religions- und ständepolitischen Forderungen klar miteinander verknüpft: *3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.* Und weiter: *5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.*

August Bebel, der Mitgründer der Eisenacher und spätere langjährige hochverehrte Vorsitzende, schreibt 1874: *„Der Fortschritt der Menschheit bedingt, dass allen Vorrechten und aller Herrschaft der Krieg erklärt wird; die Kirche übt eine nicht geringere Herrschaft auf das Volk aus als der Staat. Auf der Autorität und dem blinden Glauben beruhend, muss sie alles bekämpfen, was diese zu untergraben trachtet, also das Wissen und die Bildung, wie sie der Sozialismus erstrebt, [...]“* (s. Bebel S. 283 ff) Die Kirche ist Teil des Unterdrückungssystem; der Sozialismus steht für den Fortschritt in eine bessere Zukunft. Berühmt ist auch sein Diktum: Kirche und Sozialismus verhielten sich wie „Feuer und Wasser“.

Als das Sozialistengesetz fällt, was die SPD nur gestärkt hat, und Bismarck entlassen wird, formuliert die SPD im Erfurter Programm von 1891 etwas weicher: *„Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.“* Diese Formulierungen gehen auf den bayerischen Sozialistenführer Georg von Vollmar zurück, der aus Sorge um seine Wähler von einem direkten Angriff auf die Kirchen abrät (Tenfelde 767).

Als quasi offizielle religionspolitische Maxime setzt sich jedoch die Position von Feuerbach und Marx durch: Religion ist Menschenwerk und das Opium des Volkes, Kirchen sind „Verdummungsanstalten“. Trotzdem entwickelt die SPD keine Initiative für einen aktiven Kirchenkampf, denn die grundsätzliche Einstellung ist der sogenannte „Attentismus“: Man erwartet den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus; Bebel spricht immer vom großen „Kladderadatsch“; als willkommener Nebeneffekt werde dann die Religion im Sozialismus absterben.

Diese Erwartung des Sozialismus wird auch schon von Zeitgenossen als „quasireligiös“ kritisiert, teilweise auch bespöttelt. Aber Bebel lässt keinen Zweifel daran, dass der Sozialismus das Christentum sozusagen beerben werde, weil er dessen ethische Ideen dann konsequent im umsetze.

Im Ghetto entwickelt die SPD ein reiches Vereinsleben, genau wie der Katholizismus: Ein geschlossenes Milieu von der Wiege bis zur Bahre. Zum Umfeld gehören freireligiöse Gemeinden, so z.B. in Nürnberg, Sachsen und Berlin, und später die proletarische Freidenkerbewegung. Zu den radikalatheistischen bürgerlichen Freidenkern einerseits und den bürgerlichen Humanisten andererseits hält die SPD allerdings Distanz. So wird die idealistische Position der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur von Bebel als „Humanitätsduselei“ abgewertet. (Lilly Braun)

In der Praxis gibt es ein gemischtes säkulares Spektrum in der SPD: Der Ruf ist antikirchlich, die Sprache ist revolutionär, aber nicht die Praxis. Es gibt durchaus etliche religiös gebundene Parteimitglieder und Wähler, meistens Protestanten, und es gibt auch katholische Arbeiter, die SPD wählen. Kirchenmitglieder sind anfangs noch die meisten, denn der Austritt ist möglich, aber schwierig und diskriminierend. Nur die Funktionäre und die Abgeordneten gehen zunehmend diesen dissidentischen Schritt; die meisten Mitglieder – und erst recht die Wähler – scheuen davor zurück. Anträge für eine Kirchenaustrittspflicht für die Parteimitglieder finden auf Parteitag keine Mehrheit. Ein extremer Religionskritiker, Johann Most, bekannt für sein Buch: Die Gottespest, wird als Anarchist aus der Partei ausgeschlossen.

Und es gibt auch andere Positionen in der SPD: Eduard Bernstein (1850-1932), theoretischer Begründer der heiß diskutierten revisionistischen, also sozialreformerischen Richtung, betont 1904 auf dem

Bremer Parteitag, dass Religion als Kulturaufgabe „keine Privatsache, sondern eine öffentliche Angelegenheit von großer Bedeutung“ sei, und fordert „gleiches Recht für die Anhänger aller religiösen und philosophischen Bekenntnisse sowie die Freiheit der Religionsausübung“.

Die Revisionismusdebatte lenkt die religionspolitischen Forderungen zunehmend auf konkrete Reformfelder, z.B. die Weltlichkeit der Schule (auch eine linksliberale Forderung). So zeichnen sich auch schon im Kaiserreich Umrisse einer pluralistischen säkularen Religionspolitik ab.

## **Revolution, Weimarer Verfassung und Weimarer Republik**

Am Ende des ersten Weltkriegs ist dann die revolutionäre Chance für einen demokratischen Neubeginn und für die endgültige Beseitigung der Ständegesellschaft da: weil der US-Präsident nur mit einer demokratischen deutschen Regierung über Waffenstillstand und Frieden verhandeln will, sind die alten, durch ihre Kriegstreiberei diskreditierten Eliten aus Adel und Militär zu einem taktischen Rückzug bereit. Durch die Revolution kommt der Rat der Volksbeauftragten aus MSPD und USPD ans Ruder. Leider hat sich nämlich die SPD im Krieg über die Frage der weiteren Unterstützung des Krieges gespalten.

Der preußische Kultusminister Adolph Hoffmann, USPD, Vorsitzender der freireligiösen Gemeinschaft Berlin, nutzt die Gunst der Stunde und schlägt auf dem Verordnungswege einige säkulare Nägel ein. Als erstes schaffte er die kirchliche Schulaufsicht und den verpflichtenden Religionsunterricht ab.

Ein Aufschrei geht durch die katholische, evangelische und konservative Presse: Vor den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 werden erfolgreich alle Mobilisierungsregister gezogen, um die Sozialdemokraten als unmoralische, Bolschewismus-nahe Staatsfeinde zu denunzieren. Das Resultat sind Stimmengewinne für das Zentrum und Verluste für die SPD. Hinzu kommt der Stimmungsumschwung nach den Unruhen und politischen Morden im Januar. Das Modell einer Räterepublik, die ja keineswegs zwingend in den russischen Weg hätte münden müssen, steht nicht mehr zur Debatte. Eine spannende Frage, die ich hier leider nicht weiterverfolgen kann.

So kann die SPD bei der Verfassungsdebatte im so genannten „Weimarer Kompromiss“ die Trennung von Staat und Kirche nur „hinkend“, also unvollständig durchsetzen. SPD und DDP, also Linksliberale, brauchen in der sogenannten Weimarer Koalition das katholische Zentrum für die demokratische Verfassung und für die anstehende Unterschrift unter den Versailler Friedensvertrag. Auch in der Schulpolitik gibt es nur einen Kompromiss. Man muss diese Kompromisse als Konsequenz der unvollständigen Revolution sehen: die alten monarchietreuen gesellschaftlichen Mächte, zu denen neben dem Adel, der Beamtenschaft, der Militärführung, der Professorenschaft, den Wirtschaftsführern und ostelbischen Großgrundbesitzern eben auch die Kirchen zählen, werden von der jungen Demokratie aus übertriebener Angst vor einer bolschewistischen Räterepublik tragischerweise nur unvollständig zurückgedrängt und erhalten damit die Gelegenheit, dem kommenden Unheil von Rechts Außen den Weg zu ebnen.

Die Kirchen bekommen fast alles, was sie wollten: Lösung von der gängelnden Staatsaufsicht (wir dürfen nicht vergessen: die Trennung von Kirche und Staat war zum Gutteil auch im Interesse der Kirchen), Bestandssicherung für den Religionsunterricht, Garantie des Grundbesitzes, einen privilegierten Rechtsstatus, eigene Gerichtsbarkeit sowie Staatsgelder, die allerdings abgelöst werden sollen. Ihre quasi ständische Position als „Staat im Staate“ wird damit sogar gestärkt, da die liberale Forderung nach „Religionsfreiheit“ als Schutz der Institution vor staatlicher Kontrolle interpretiert wurde. Vorschläge der SPD, die Fortgewährung der Privilegien zumindest an eine innere Demokratisierung der Kirchen zu knüpfen, sind nicht erfolgreich (Kurze Zwischenbemerkung: die

evangelische Kirche hat sich erst nach dem zweiten Weltkrieg demokratisiert, die katholische bekanntlich bis heute nicht!). Die zersplitterte evangelische Lobby, die bis zum Schluss noch für einen Siegfrieden gepredigt hatte, ist sehr angetan von den Verhandlungserfolgen ihrer gut vorbereiteten, diplomatisch geschickten katholischen Mitbrüder (Besier, S.4).

Ein wichtiger Punkt im Kompromisspaket, den die SPD durchsetzt: andere Religionsgemeinschaften können prinzipiell das gleiche Privilegienbündel wie die großen Kirchen bekommen; Weltanschauungen werden den Religionsgesellschaften grundsätzlich rechtlich gleichgestellt.

Die Bewertung dieses Kompromisses gehen bis heute auseinander: manche bedauern, dass die Trennung von Kirche und Staat nicht so klar war wie im französischen Laizismus von 1905 oder in den USA von Beginn an. Andere meinen, dass realistischerweise nicht mehr erreichbar war. Bei den Beratungen zum Grundgesetz war es dann schon ein Erfolg, diesen Kompromiss zu verteidigen!

Ein heute fast vergessener weltanschaulicher Kampf wird in der Weimarer Zeit um die **Weltliche Schule** geführt, auf den ich kurz eingehen möchte, weil die Weltlichkeit der Schule ein Kernanliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik war, zusammen mit der Forderung nach Unentgeltlichkeit und nach der Einheitsschule ohne quasi ständische Dreigliedrigkeit. Nur der letzte Punkt ist heute noch in der pädagogischen Debatte.

Die neue Verfassung brachte endlich religiöse Freiheitsrechte: Eltern durften ihre Kinder vom Religionsunterricht (RU) abmelden; kein Lehrer musste RU erteilen. Die weltliche Schule ohne RU war explizit ein mögliches Schulkonzept. Näheres sollte ein Reichsschulgesetz regeln – dass aber nie zustande kam, weil es vom Zentrum konsequent blockiert wurde. Bis dahin sollten die Länderregelungen in Kraft bleiben. Im Land Preußen war aber die Konfessionsschule noch die Regel.

So entstanden in den preußischen Industriestädten, vor allem in Berlin, im Ruhrgebiet und im Rheinland, Initiativen für die Gründung von weltlichen Schulen, an denen meistens die SPD zusammen mit den Freidenkerverbänden und teilweise auch der KPD an vorderster Front beteiligt war. Konservative Schulaufsichtsbehörden bremsten diese Initiativen mit dem Hinweis auf die unklare Rechtslage aus; kirchliche Kreise und Elternverbände sahen den Untergang des christlichen Abendlandes unmittelbar bevorstehen. Dabei heraus kamen sogenannte Sammelschulen, in denen die Religionsabmelder zusammen unterrichtet wurden. Denn aus den normalen Schulen wurden sie herausgemoppt. De facto weltliche Schulen, die aber offiziell nicht so heißen durften. Hier entwickelte sich ein reiches reformpädagogisches Experimentierfeld. Anstelle von RU wurde Lebenskunde oder Staatsbürgerkunde oder Religionskunde unterrichtet; fortschrittliche Lehrerverbände bastelten an Curricula. Zwei Modelle schälten sich heraus, die man für die heutige Diskussion unterscheiden sollte: die SPD bevorzugte das religionsneutrale, pluralistische Modell. Die KPD favorisierte ein Modell mit einer dezidiert atheistischen Weltanschauung, sozusagen eine atheistische Konfessionsschule.

Leider wurden diese Experimente von den Nazis rüde beendet. Heute gibt es sie nur noch als Platzhalter: im GG die bekenntnisfreie Schule, praktisch Modell 1. Im NRW-Schulgesetz gibt es die Weltanschauungsschule, also im wesentlichen Modell 2.

Zurück zur Gesamtposition der SPD in der Weimarer Zeit: Sie ist jetzt staatstragend, nicht mehr Fundamentalopposition. In den Regierungen im Reich, in den Ländern und in den Kommunen ist sie beteiligt, oft federführend. Hier muss sie Kompromisse eingehen.

Das proletarische Milieu hingegen ist intakt, die Verbände, der Arbeitersport, die Arbeiterkultur und nicht zuletzt die Freidenkerverbände blühen. Wohl deshalb hält sie im Heidelberger Programm von 1925 an ihrem sozialistischem, kirchenkritisch-säkularen Programmprofil fest: Trennung vom Kirche und Staat. Hinzu kommt die Forderung nach Weltlichkeit des Schulwesens – worum ja gerade vor Ort

gekämpft wird – und nach Beendigung der Kirchensubventionen. Die Weimarer Verfassung wird nur als ein erster Schritt interpretiert, dem weitere Reformschritte folgen müssten. Der klassenkämpferische Ton wird sogar wieder verschärft, weil viele Arbeiter mit dem Gesamtergebnis der Revolution unzufrieden sind und die sozialen Spannungen wachsen.

Auch die weltanschaulichen Frontlinien zu den anderen Parteien bleiben klar: Einige religiöse Sozialisten (Barth, Tillich) bewirken noch keinen Sinneswandel: Die protestantischen Pastoren wählen – man höre und staune - überwiegend deutschnational, und die Katholiken wählen Zentrum und hören auf Papst Pius XI, der 1931 sagt:

*„Wenn auch der Sozialismus, wie alle Irrtümer, etwas Wahrem in sich Raum gewährt hat, (was die Päpste ja nie in Abrede gestellt haben), stützt er sich doch auf seine eigene Lehre von der menschlichen Gesellschaft, die mit dem wahren Christentum unverträglich ist. Religiöser Sozialismus, christlicher Sozialismus behaupten einander Widersprechendes: Niemand kann echter Katholik und zugleich im wahren Sinn des Wortes Sozialist sein.“* („Quadragesimo anno“ in: Denzinger)

Ein zusätzliches weltanschauliches Lager wird innerhalb der Linken aufgemacht: die KPD orientiert sich an der russischen KPDSU und sieht in der SPD ihren Hauptfeind. So kann sich tragischerweise gegen den Nationalsozialismus kein erfolgreiches Bündnis bilden. Das Zentrum hält Hitler sogar den Steigbügel, indem es für das Ermächtigungsgesetz stimmt. Dafür gibt's dann das Konkordat. Aber das wäre ein Thema für einen anderen Vortrag.

Aus der NS-Zeit möchte ich nur einen wichtigen Punkt herausgreifen: während die Arbeiterbewegung und ihre Parteien und Verbände zerschlagen werden, bleiben die Kirchen intakt! Das Konkordat bildet eine Art Stillhalteabkommen. Denn entgegen einer weitverbreiteten Annahme rufen die Kirchen nicht geschlossen zum Widerstand, sondern kooperieren in den ersten Jahren in vielen Punkten mit den Nazis und halten danach insgesamt still. Widerstand gibt es nur von tapferen Einzelnen bzw. einer kleinen evangelischen Gruppe, der „bekennenden Kirche“.

## **Nachkriegszeit/Godesberger Programm und die Folgen**

In der Zeit der Orientierungssuche nach den traumatischen Erlebnissen von NS-Herrschaft und Krieg keimen erste Annäherungen zwischen einzelnen verfolgten Christen und Sozialdemokraten: das ideologische Kriegsbeil soll begraben werden, und man will beim Wiederaufbau Deutschlands redlich zusammenarbeiten. Nicht religiöser oder atheistischer Dogmatismus, sondern weltanschaulicher Pluralismus ist das Ziel. So formuliert die kulturpolitische Konferenz der SPD in Ziegenhain 1947:

*„Kämpferisches Bewusstsein der unterdrückten Klassen, Wille zur Menschlichkeit, religiöse und sittliche Verpflichtung vereinigen sich in der Sozialdemokratie zu einer gemeinsamen Kraft, die Welt zu verändern.“* Ich finde, bis heute eine sehr gelungene Formel!

Die Kirchen genießen nach 1945 – nicht zuletzt aufgrund ihres Startvorteils durch eine intakte Organisation, eine funktionierende Publizistik (Herder-Verlag etc.) und massive Unterstützung durch die westlichen Besatzungsmächte USA und England als Instrumente der Entnazifizierung und des moralischen Wiederaufbaus - bald wieder einen erstaunlichen moralischen Kredit, der sich im Erfolg der CDU, der neuen bi-konfessionellen christlichen Partei, widerspiegelt. Dass die katholische Kirche Hitler den Steigbügel gehalten hat und viele Protestanten stramme Monarchisten waren, gerät in Vergessenheit. Der SPD gelingt zwar auch ein rascher organisatorischer Neustart; die Arbeiterkultur, das Milieu von der Wiege bis zur Bahre wird jedoch nur teilweise wiederaufgebaut.

Bei den Beratungen zum **Grundgesetz** reicht es deshalb wieder nur zu einem Kompromiss: die Religionsartikel werden aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen, der säkulare Grundcharakter bleibt gewahrt, im Gegenzug wird das Privilegienbündel garantiert. Neben der Religionsfreiheit wird das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen gestärkt, weil nicht mehr ausdrücklich formuliert wird, dass staatliche Gesetze über kirchlichen stehen. Da aber die klerikalen Parteien – gepuscht von einflussreichen Kirchenleuten - einen dezidiert christlichen Staat anstrebten, muss man diesen erneuten Kompromiss und diese Verteidigung des im Prinzip säkularen Staates als Erfolg der SPD werten. Dieser Kompromiss als Kompromiss wurde übrigens vom späteren FDP-Bundespräsidenten Heuß vorgeschlagen. Heute wären wir froh, wenn die säkularen Bestimmungen des GG endlich alle realisiert würden! Ein kleiner Trost: Auch beim Thema Frauenemanzipation hat es ja lange gedauert, bis die Normen des GG in den Einzelgesetzen umgesetzt wurden!

Der Weg der SPD geht in den 50ern – dem Zeitgeist folgend - jedoch genau in die andere Richtung: angesichts der erfolgreichen Adenauerschen Politik und der Wahlniederlagen 53 und 57 entfalten sich Überlegungen für eine grundsätzliche programmatische Neuausrichtung. Ein zentraler Punkt dabei ist die Idee, die SPD aktiv für die Kirchen zu öffnen. Neben überzeugte Christen wie Gustav Heinemann und später Johannes Rau treten Parteistrategen wie Willi Eichler und Herbert Wehner, der Kommunist war, 1953 jedoch in die evangelische Kirche eintritt. Die Polarisierung durch den kalten Krieg, die „atheistische“ DDR als ständiges Feindbild und die aktive, auch im Sozialbereich erfolgreiche Rechristianisierungspolitik von CDU und Kirchen setzen die SPD unter Handlungsdruck. Hinzu kommen sehr kirchenfreundliche Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Der Staatsrechtler Zipp sagt: „Zeitweilig gewann die Ansicht an Boden, dass Staat und Kirche nicht im Verhältnis einer Subordination, sondern einer Koordination stehen (klass. mittelalterliche Zwei-Gewalten-Lehre).“

**Im Godesberger Programm von 1959** nimmt die SPD dann von der „unrealistischen Utopie: Sozialismus“ und vom „weltanschaulichen Atheismus“ Abschied. Dort heißt es: *„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“*

Grundwerte sollen an die Stelle einer verbindlichen säkularen Weltanschauung treten.

Und später: *„Der Sozialismus ist kein **Religionersatz**... Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit.“*

Die Kirchenwende ist übrigens nicht unumstritten, während der Schwenk vom sozialistischen Verstaatlichungsprogramm zur sozialen Marktwirtschaft weitgehend Konsens ist.

Aus heutiger Sicht ist kritisch anzumerken: Das ist ein Rückfall gegenüber der säkularen, im Prinzip religionsneutralen Position des Grundgesetzes! Die Absicht ist religiöser Pluralismus, und die SPD muss ja auf die veränderte gesellschaftliche und religionspolitische Lage reagieren, wenn sie Erfolg haben will. Aber die Formulierungen sind zumindestens unglücklich: Denn die SPD merkt nicht, dass sie über das Ziel hinausschießt, indem sie sich die alte christlich-konservative Kritik am Sozialismus als „Ersatzreligion“ zu eigen macht. Die religiöse Terminologie und die Ideen der katholischen Gesellschaftslehre werden an die erste Stelle rückt, und die Hoffnung auf eine radikal-demokratische, sozialistische, bessere Welt ohne Religion wird nicht gleichwertig neben das christliche Weltbild gesetzt, sondern ohne Not demontiert. Zugespitzt gesagt: die SPD kriecht zu Kreuze.

Neben der protestantischen Wählerschaft wird auch zunehmend die katholische umworben. Engagierte, angesehene Linkskatholiken wie Walter Dirks und Heinrich Böll wirken als Wegbereiter.

Kontakte zum Nestor der katholischen Soziallehre, dem Jesuiten Nell-Breuning, sowie Geheimkontakte zum Vatikan bereiten in den 60ern einen Stimmungswechsel vor (vgl. Hering); dezidiert katholische Politiker wie Georg Leber und Hans-Jochen Vogel rücken ins Rampenlicht.

In der Broschüre „Der Katholik und die SPD“ von 1959 sucht Willi Eichler, der Vorsitzende der Programmkommission, nach Anknüpfungspunkten. Die Einleitung beginnt so: *„Eine Partei wird nicht über eine Kirche zu Gericht sitzen können. Dazu hat sie weder Auftrag noch Kompetenz. Aber das politische Verhalten kirchlich gläubiger Menschen wird sie brennend interessieren. Und das nicht nur, weil eine Partei darauf sinnen muss, Anhänger und Wähler zu gewinnen, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Eine demokratische Partei kann nicht bloßes Machtinstrument sein. Sie wird ihren Auftrag sittlich begründen müssen.“* (Eichler)

In der Folge wird die SPD tatsächlich als Volkspartei bundespolitisch mehrheitsfähig und kann in der sozialliberalen Koalition viele Reformen durchsetzen. Die religiösen Schulkämpfe werden ad acta gelegt, und in der Sozialpolitik werden die Gemeinsamkeiten betont.

Einen weiteren Schritt in Richtung Kirchen geht Willy Brandt in seiner berühmten Regierungserklärung vom 28.10.69: *„Eine Gesellschaft, die allen weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen offen sein will, ist auf **ethische Impulse** angewiesen, die sich im solidarischen Dienst am Nächsten beweisen. Es kann nicht darum gehen, lediglich hinzunehmen, was durch die Kirchen für die Familien, in der Jugendarbeit oder auf dem Sektor der Bildung geleistet wird. ... Im Dienst am Menschen nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Entwicklungsländern – begegnet sich das Wirken kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen mit dem politischen Handeln.“*

Ein religionspolitischer Reformvorstoß der Jungdemokraten, der Jugendorganisation des Koalitionspartners FDP, die „14 Thesen zur Trennung von Kirche und Staat“ wird dann 1973 rüde abgebügelt: Die Kirchen werden als sozialpolitische Bündnispartner gebraucht. Beim Parteivorstand wird ein Kirchenreferat eingerichtet; ein Arbeitskreis „Christen“ formiert sich. Organisierte Kontakte zu den Freidenkerverbänden schlafen hingegen langsam ein. So mutiert die SPD stillschweigend zu einer „bürgerlich-protestantischen Partei“ (Besier).

Ein wichtiger Punkt muss allerdings bei diesem Annäherungsprozess hervorgehoben werden: Parallel bzw. im Wechselspiel mit der Öffnung der SPD für Religion und Kirchen positionieren sich die Kirchen in der BRD grundsätzlich neu: Demokratie und Menschenrechte werden – endlich! - anerkannt. Die Kirchen versuchen, nicht mehr als verlängerter Arm der Obrigkeit und als Hort der Reaktion zu gelten.

Der EKD gelingt das recht gut: sie übt Selbstkritik gegenüber ihrem Verhalten in der NS-Zeit, demokratisiert sich nach dem Synodalprinzip, öffnet sich für die Frauen und kommt damit der SPD quasi „entgegen“. Evangelische Akademien, z.B. die Tutzingen, werden politische Impulsgeber für die neue Ostpolitik; im 68er Aufbruch gibt es auch eine religiöse Linie, z.B. der Bezug auf Martin Luther King.

Die katholische Kirche hingegen hält trotz mancher Reforminitiativen an der Basis und selbst in jüngster Zeit an der Spitze (Papst Franziskus) an ihrer klerikalen, undemokratischen patriarchalischen Struktur fest. Viele päpstliche Stellungnahmen sind nach wie vor gültig, die zeigen, dass die offizielle katholische Kirche „nicht im Traum“ daran denkt, emanzipatorische Ideen zuzulassen. Das Zweite Vatikanische Konzil bringt zwar eine Teilöffnung, aber spätestens mit dem Pontifikat von Johannes Paul II. startet weltweit eine genaue Reorganisation.

Ein kurzer Blick die DDR, wo ja SPD und KPD zwangsweise zur SED vereinigt wurden: hier werden alte SPD-Forderungen umgesetzt: die Einheitsschule, die Abschaffung der Kirchensteuer sowie der RU in Verantwortung allein der Kirchen.



Ein paar Sätze zu den gesellschaftlichen Entwicklungen der 70er, 80er, und 90er Jahre: Die meisten Protestbewegungen dieser Jahre, z.B. die Ökologie-, die Alternativ- und die Friedensbewegung, haben auch eine christlich-religiöse Wurzel; deren Impulse nimmt die SPD teilweise auf. Insgesamt gelingt es den Kirchen allerdings besser, ihre Jugendbewegungen zu integrieren, denn die SPD nimmt die Gründung der Grünen in Kauf. Eine interessanter Nebenasspekt dieser Entwicklung: die SPD trägt zur Selbstsäkularisierung der evangelischen Kirche bei, so jedenfalls der Historiker Paul Nolte.

Im innerparteilichen Diskurs übernehmen zunehmend überzeugte religiöse Sozialdemokraten die Meinungsführerschaft, z.B. Johannes Rau. Das Verhältnis zur EKD-Spitze wird geradezu symbiotisch. Viele andere, Wähler und Parteimitglieder, folgen ihnen aus taktischen Gründen. Die Kulturmacht der Kirchen wird anerkannt und ihre Moralmacht beschworen; persönlich gläubig sind jedoch die wenigsten Sozialdemokraten.

Im Parteiprogramm von 1989 heißt es dann vielsagend: „*Wer sich zu keiner Religion bekennt, darf nicht benachteiligt werden*“. Die kirchliche Wählerschaft wird zur Kernklientel, die anderen genießen – immerhin – Minderheitenschutz. Die säkulare Tradition ist nicht mehr gleichrangig. Religionskritik ist kein Thema mehr; Kirchenkritik wird nur punktuell formuliert. Die Kirchenmitgliedschaft der Funktionäre wird der Normalfall.

Auch Mauerfall und Wiedervereinigung 1989/ 90 werden leider nicht für einen Reformdiskurs genutzt. Vielmehr wird das westdeutsche Staatskirchenrecht den neuen Bundesländern in kolonialistischer Manier übergestülpt – was leicht war, da die evangelischen Kirchen vor Ort als einzige intakte zivilgesellschaftliche Kraft die friedliche bürgerliche Revolution in der DDR unterstützt hatten. Die Interessen der säkularen Mehrheit in den neuen Bundesländern fanden in der SPD keinen politischen Fürsprecher.

## **In den 200ern: „postsäkulare“ Zeit**

Im neuen Jahrtausend wird der religionsfreundliche, die säkulare Tradition vernachlässigende Kurs der SPD durch eine veränderte weltpolitische Lage und durch einen veränderten kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Diskurs weiter gestützt:

- Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem im Zeitalter der Postmoderne angeblichen „Ende der großen Erzählungen“ ist der religiöse Fundamentalismus weltweit im Vormarsch.
- Migranten definieren sich zunehmend über ihre religiöse Identität.
- Wissenschaftler und Philosophen stellen empirisch nicht nur die faktische Konsolidierung der Religionen, sondern ihre „Wiederkehr“ fest, diagnostizieren eine neuartige Parallelität von Modernisierung und religiösem Strukturwandel, diskutieren ein „Ende der Säkularisierungsthese“ (z.B. Casanova) und rufen medienwirksam das „postsäkulare Zeitalter“ (Habermas) aus.
- Hinzu kommt die soziologische These vom positiven Sozialkapital der Kirchen und Religionsgruppen in der Zivilgesellschaft. Der US-Soziologe Robert Putnam nennt hier „bonding“ und „bridging capital“. Allerdings ist nur das „Brückenskapital“ für den Zusammenhalt der Gesamtgesellschaft wertvoll.

Die SPD-Antworten auf die Herausforderungen der individualisierten Gesellschaft sowie auf die Probleme der Integration von Migranten lauten hingegen unkritisch : „Zusammenhalt der Gesellschaft durch Religion und religiös vermittelte Werte“ sowie „Integration durch Religion“.

Konkret heißt es im Hamburger Programm von 2007:

Die SPD ist eine „linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Juden- und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat.“ Aus der Wurzel: „christliche Ethik“ des Godesberger Programms werden das gesamte Juden- und Christentum!

Und weiter: „Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.“ Welche Tugenden und Werte dies konkret sind, wird nicht erläutert. Die Religion wird zur Grundlage der Demokratie stilisiert; eine kritische Differenzierung unterbleibt.

Der folgende Passus aus dem Berliner Programm von 1989 wird hingegen gestrichen: „Wer sich zu keiner Religion bekennt, darf nicht benachteiligt werden. Allgemein geltende Arbeitnehmerrechte müssen auch in Einrichtungen der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gewährleistet sein“. Die Perspektive der Kirchen wird in allen Punkten unkritisch übernommen!

Natürlich gibt es auch prominente kritische SPD-Stimmen zur Religionspolitik der SPD. Helmuth Schmidt schreibt in seinem Buch „Religion in Verantwortung“ von 2011: „Das GG gilt für jedermann. Deshalb gilt auch die Religionsfreiheit für jedermann. Allerdings ist die Trennung von Staat und Kirche tatsächlich nicht vollständig...Wenn der Katalog der Normen und Werte einer Religionsgemeinschaft mit den Grundrechten des GG übereinstimmt, dann sollte eigentlich für alle der gleiche Abstand vom Staat gelten. Hier liegt ein bisher ungelöstes Problem!“ (S.243)

Heute bekennen sich viele SPD-Politiker\*innen aktiv zur evangelischen oder katholischen Kirche, manche auch als Muslime oder Juden, während es kaum ein prominenter Sozialdemokrat mehr wagt, sich als säkularer Humanist oder gar als "Atheist" zu "outen". Ein Bekenntnis zur Säkularität ist nicht mehr angesagt, obwohl die Säkularität doch quasi zur DNA der Sozialdemokratie gehört!

### **Deshalb ist heute zu fragen:**

Warum nimmt die SPD nicht den Wandel im religiösen Feld zur Kenntnis? Juden und Muslime erhalten einen eigenen Arbeitskreis, die Konfessionsfreien nicht!

Warum kritisiert die SPD nicht deutlicher die klerikalen, vormodernen, patriarchalischen Strukturen der katholischen Kirche? Und nicht im gleichen Atemzug die orthodoxen Muslimverbände? Warum schweigt sie zum Missbrauchsskandal?

Warum ruft sie der evangelischen Kirche nicht zu: Warum kritisiert Ihr nicht offener die katholische Kirche und die konservativen Muslime? Wollt ihr nur Eure Pfründe retten?

Warum unterstützt die SPD weiterhin die staatliche Finanzierung der Kirchen? Das GG ermöglicht Kooperation mit den Kirchen, aber fordert sie nicht! Warum setzt sie sich nicht für eine Reform des Staat-Kirche-Verhältnisses ein? Warum fordert sie nicht Ethikunterricht für alle, der an „bekenntnisfreien Schulen“ GG-kompatibel wäre? Warum nicht lauter ein Ende der Diskriminierungen beim kirchlichen Arbeitsrecht? Warum setzt sie sich nicht aktiv für ein Ende der Staatsleistungen ein, wie es das Grundgesetz – und mittlerweile ja auch die Oppositionsparteien im Bundestag - fordern?

Warum setzt sie sich nicht für die Konfessionsfreien ein, von denen viele dem sogenannten Prekariat zuzurechnen sind? Das ist da, wo es „brodelt und stinkt“! Kirchenmitglieder sind eher bürgerlich!

Es geht nicht darum, den kirchenfreundlichen Kurs zurückzudrehen oder überzeugte religiöse Sozialdemokraten – die meinen vollen Respekt haben - zu verprellen. Das Spektrum muss wieder erweitert werden. Die säkulare Traditionslinie muss wieder mit Leben gefüllt werden; Säkularität muss wieder in den Kanon der Grundwerte, das einigende Band, aufgenommen werden.

Dezidiert atheistische, humanistische, säkularistische oder laizistische Positionen müssen als Bereicherung gewürdigt werden – wohlgerneht als einzelne Säulen! Und nicht aus der Partei rausgemoppt werden. Dafür muss der Gesamtdiskurs der Partei wieder konsequent säkular werden, um weltanschauliche Vielfalt zu ermöglichen.

Die SPD hat aufgrund ihrer Historie die Chance, als Partei der Säkularität zu gelten, d.h. als Partei des weltanschaulichen Pluralismus mit einem seriösen Wertekompass, nicht als schwammig „multireligiös“. Eher als die grüne, linke und liberale Konkurrenz. Und natürlich eher als die Union, die ja meint, allein die christliche Tradition halte die Gesellschaft zusammen. Der Witz bei der Union ist, dass dort die überzeugten Christen als diejenigen, die das „hohe C singen können“, bespöttelt werden. Warum entlarvt die SPD nicht diese Doppelmoral des politischen Hauptkonkurrenten?

In unserer Nationalhymne heißt es: Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand!

Für die SPD muss analog wieder gelten: Freiheit *inclusive Säkularität*, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Unterpfänder einer erfolgreichen Zukunft der SPD!

Glückauf!

## Literatur:

- Bebel, August, Christentum und Sozialismus 1874, in: Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Dokument 33, hrg. vom Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin o.J.
- Besier, Gerhard, Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, München 2000
- derselbe: Die Rolle der Kirchen im Gründungsprozess der BRD, Lüneburg 2000
- Braun, Lilly, Memoiren einer Sozialistin, Berlin/Bonn 1985 (München 1909)
- Denziger, Heinrich, Kompendium der Glaubensbekenntnisse und kirchlichen Lehrentscheidungen, 45. Auflage hrg. von Peter Hünermann, Freiburg/Basel/Wien 2017
- DJD -Info 8.73: Trennung von Kirche und Staat, hrg. vom Landesverband der Jungdemokraten NRW, Düsseldorf 1973
- Eichler, Willi, u. von Knoeringen, Waldemar, Der Katholik und die SPD, Bonn 1959
- Grebing, Helga, Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, München 1976 (1966)
- Groschopp, Horst, Dissidenten. Freidenker und Kultur in Deutschland, Berlin 1997
- Hamburger Programm der SPD, hrg. vom Parteivorstand, Berlin 2007
- Hering, Rainer, Die Kirchen als Schlüssel zur politischen Macht? Katholizismus, Protestantismus und Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte Bd. 51, 2011
- Hörnlein, Christian, Abgrenzungsdebatten und politische Bekehrungen. Die Sozialdemokratie zwischen Politik und Religion im Wilhelminischen Kaiserreich, Bonn 2018
- Huber, Ernst-Rudolf, u. Huber, Wolfgang, Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Bd.3, Berlin 1983
- Junginger, Horst, Religionsgeschichte in der Moderne, Darmstadt 2017
- Kaiser, Jochen Christoph, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981
- Küng, Hans, Ist die Kirche noch zu retten? München 2011
- Miller, Susanne, Potthoff, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD, Bonn 1991
- Neuner/Roos/Rahner (Hrg.), Der Glaube der Kirche in den Urkunden der Lehrverkündigung, Regensburg 1965 (1958)
- Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800-1866, München 1993 (1983). Derselbe, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd.1, München 1990
- Nolte, Paul, Religion als zivilgesellschaftliche Ressource, in: Arens, Baumann, Liedhegener, Integration durch Religion? Baden-Baden/Zürich 2014
- Ritter, Gerhard, u. Tenfelde, Klaus, Arbeiter im D. Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992
- Programme in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrg. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Bonn 1990 (1975)
- Seebacher-Brandt, Brigitte, Bebel, Berlin/Bonn 1988
- Staatslexikon, hrg. von der Görresgesellschaft, 6. Auflage Freiburg 1963
- Wehler, Hans Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd.4 1914-1949, München 2003

